

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Doris Rauscher

Abg. Thomas Huber

Abg. Johannes Becher

Abg. Susann Enders

Abg. Jan Schiffers

Abg. Julika Sandt

Staatsministerin Carolina Trautner

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u. a.**  
**(SPD)**

**Kita-Ausbau in Bayern voranbringen - Sonderinvestitionsprogramm ausweiten**  
**(Drs. 18/16879)**

Ich eröffne die Aussprache und rufe als erste Rednerin Frau Doris Rauscher von der SPD-Fraktion auf.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Frau Ministerin Trautner! Kinder haben ein Recht auf Bildung, und zwar von Anfang an. Dafür braucht es zunächst einmal einen Platz in einer Kita, dieser ist in Bayern aber leider noch nicht überall Selbstverständlichkeit. Allein bei den Krippenkindern fehlen in Bayern laut dem Institut der deutschen Wirtschaft noch immer rund 50.000 Plätze. Auch bei den Kindergartenplätzen zwickt es. Von Hortangeboten für alle Kinder bzw. für Familien, die Bedarf haben, wollen wir heute erst gar nicht reden. Die Nachfrage nach Plätzen ist landauf, landab da, aber vielerorts fehlt das Geld, um die Planungen vor Ort zu realisieren. Deshalb dieser Antrag. Ja, ich weiß, er wurde in der Fachausschussberatung bereits abgelehnt. Ich glaube, ich gehe mit Hochziehern sehr sorgsam um, aber manchmal muss es einfach sein.

Es ist im Moment kein Wunder, dass die Kommunen Alarm schlagen, dass sie leider schon wieder Alarm schlagen müssen. Wie mich haben bestimmt auch viele von Ihnen die Hilferufe der Kommunen erreicht, sei es in Form von E-Mails oder durch Pressemeldungen zum Beispiel vom Städte- und Gemeindetag. Der Frust in der Kommunalpolitik ist groß – nicht seit gestern, sondern leider schon länger –, weil das Sonderinvestitionsprogramm für den Ausbau von Kindertagesbetreuungsplätzen für Kinder unter sechs Jahren schon wieder nicht ausreicht, um die Nachfrage zu decken.

Viele Kommunen stehen nun wegen mangelnder Finanzspritzen bei der Kitaplanung im Regen. Obwohl sie gerne ausbauen möchten, reichen ihnen vor Ort aufgrund der Haushaltslage oftmals die Gelder nicht aus. Gleichzeitig müssen sie aber den Rechtsanspruch erfüllen und den Bedarf der Familien decken. Allein in Mittelfranken sind zuletzt 40 Kommunen leer ausgegangen, weil das SIP nicht ausreichend ausgestattet war, und das, obwohl die Kommunen ihre Anträge fristgerecht und vollständig eingereicht hatten.

Ich frage mich schon: Wo ist denn hier der Schulterschluss mit den Kommunen? Wo ist Ihre umfassende Unterstützung bei diesem zentral wichtigen Thema? Wo sind die Landesmittel? – Es reicht nicht, mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, wenn es um Gelder für den Ausbau geht. Es reicht auch nicht, die Verantwortung auf die Kommunen zu verlegen, wo Bayern doch tatsächlich beim Ausbau die rote Laterne hält. Im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN steht: Wir bauen das Angebot an Kinderbetreuung weiter aus. Wir werden kontinuierlich den Ausbau der Kinderbetreuung fortsetzen, um wachsende Bedarfe abzudecken. – "Wir", nicht "Die", Kolleginnen und Kollegen!

Bildungspolitik ist Aufgabe des Freistaats, und von nichts anderem reden wir bei der Kita. Umso trauriger ist es, dass sich die Staatsregierung zurücklehnt, laufend auf die sowieso vorhandenen FAG-Mittel verweist und vermittelt, sie hätte damit weiter nur am Rande zu tun; Gelder über das SIP für den weiteren Ausbau seien ein Zuckerl, für das die Kommunen dankbar sein sollten, auf das sie aber keinen Anspruch hätten. – Es kann nicht sein, dass ein Ausbau mit davon abhängt, wie finanzstark eine Kommune ist oder wie schnell sie den Antrag auf einen Zuschuss eingereicht hat.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie deshalb hier und heute erneut, diesem Antrag zuzustimmen.

Erwähnen möchte ich, dass die Frist zur Fertigstellung von Bauprojekten beim jetzigen Programm um ein Jahr verlängert wurde, was erfreulich ist, sodass die Kommunen die Chance haben, die Fertigstellung auch zu realisieren. Das reicht aber nicht aus. Deshalb erneut die Aufforderung: Wir brauchen ein bayerisches Sonderinvestitionsprogramm.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Thomas Huber von der CSU-Fraktion.

**Thomas Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die SPD fordert in ihrem Antrag zwei Dinge: erstens die Verlängerung der Fertigstellungsfrist des Sonderinvestitionsprogramms 2017 bis 2021 und zweitens die erneute Aufstockung und Verlängerung dieses Programms.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der erste Teil des Antrags, die Verlängerung der Fertigstellungsfrist, hat sich ja ohnehin erledigt. Selbst die SPD hat gemerkt, dass der Bundesrat den Entwurf des Kitafinanzhilfenänderungsgesetzes bereits in der Sitzung am 25. Juni behandelt und dem Gesetz auch zugestimmt hat. Damit war der Bundesrat in Berlin schneller als die SPD-Landtagsfraktion in Bayern. Mit dieser Entscheidung – im Übrigen auch mit den Stimmen der Bayerischen Staatsregierung – kann die Fertigstellungsfrist um ein Jahr verlängert werden, um auf die örtlichen Herausforderungen flexibler zu reagieren. Die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel können vollständig eingesetzt werden.

Zum zweiten Teil, also zu der Aufstockung aus Landesmitteln und der Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms, kann und muss ich nur eines sagen: Es handelt sich hierbei um ein Sonderinvestitionsprogramm, das dann eingesetzt wird, wenn der Staat in einem Bereich unterstützend eingreifen will, auch wenn es nicht seine Pflicht ist. Die Kindertagesbetreuung und damit auch deren Finanzierung sind nun einmal in erster Linie eine kommunale Pflichtaufgabe und nicht primär Aufgabe des Freistaats.

Obwohl der Freistaat hier nicht primär zuständig ist, unterstützen wir in Bayern zusammen mit dem Bund die Kommunen bei den Investitions- und Betriebskosten der Kitas seit Jahren mit enormen Fördermitteln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn immer gesagt wird, wir seien beim Ausbau hintendran, wird es kein anderes Land geben, das so viele Landesmittel in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung investiert hat wie Bayern.

Im Zeitraum des 4. Sonderinvestitionsprogramms – es läuft von 2017 bis 2022 – haben wir zusätzlich 73.540 Plätze für Kinder bis zur Einschulung bereitgestellt und in einer Gesamthöhe von 640 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln gefördert. Damit haben wir unsere im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN gesteckten Ziele beim Kita-Ausbau in Bayern weit übertroffen. Vereinbart waren nämlich ursprünglich 42.000 zusätzliche Plätze. Aber natürlich ruhten wir uns auf diesem Ziel nicht aus und haben mehr als 30.000 weitere Plätze geschaffen. Bezieht man das vorherige Sonderinvestitionsprogramm mit ein, dann beträgt das Fördervolumen von 2008 bis 2020 sogar 1,9 Milliarden Euro. Davon sind allein 1,2 Milliarden Euro vom Freistaat Bayern gestemmt worden, und damit sind bis zum Ablauf des letzten Jahres sage und schreibe 140.000 neue Plätze geschaffen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Menge Holz, und darauf können wir in Bayern zu Recht stolz sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte auch nichts davon, wenn wir aus einem mit Bundes- und Landesmitteln ausgestatteten Sondertopf auf einmal einen zusätzlichen regulären, rein bayerischen Finanzierungstopf machen. Wir haben das Programm letztes Jahr ohnehin bereits mit zusätzlichen 160 Millionen Euro aufgestockt. Ganz ehrlich: Wenn wir das jetzt jedes Jahr machen, dann wäre es ja kein Sonderprogramm mehr, sondern eine zusätzliche regelmäßige Förderung durch den Freistaat Bayern.

Liebe Antragsteller, Sie tun ja gerade so, als ob der Freistaat seine finanzielle Unterstützung in dem Bereich komplett einstellen würde. Selbstverständlich steht den Kommunen nach Ausschöpfung dieses 4. Sonderinvestitionsprogramms weiterhin die reguläre Förderung nach Artikel 10 FAG zur Verfügung, sodass der U-6-Bereich nach wie vor, wenn auch nicht verstärkt durch ein Sonderinvestitionsprogramm, weitergeführt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sonderprogramme anbelangt, müssen wir uns einfach einmal Gedanken machen. So wollen wir uns in Zukunft verstärkt auf die Ganztagsbetreuung von Schulkindern fokussieren. Hier steigt nämlich der Bedarf von Jahr zu Jahr deutlich an, auch aufgrund des ab dem Jahr 2026 geplanten Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern. Ich glaube, jede oder jeder bei uns, die oder der in einem Kommunalgremium tätig ist, weiß, was das für die Kommunen bedeutet. Das wird die Kommunen nicht nur personell und räumlich-logistisch, sondern auch finanziell ziemlich herausfordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich würden wir ebenfalls gerne alle Bereiche wie Horte, Kitas und Ganztagschulen gleichermaßen weiterhin großzügig mit Sonderinvestitionsprogrammen fördern. Natürlich haben wir auch größtes Verständnis für die Kommunen, die jetzt aufgrund von Fristen oder Budgetgrenzen zum Teil, was das SIP angeht, möglicherweise leer ausgehen. Aber Sonderinvestitionsprogramme haben nun einmal Fristen und Budgets, die ihnen einen Rahmen setzen.

Aber da macht uns auch die finanzielle Situation, die finanzielle Entwicklung einen Strich durch die Rechnung. Es ist eben nicht unendlich Geld für alles da, auch wenn wir das als Sozial- und Arbeitsmarkt-, aber natürlich auch als Kommunal- und Wirtschaftspolitiker ganz gerne hätten. Die Corona-Pandemie hat tiefe Löcher in alle Kassen gerissen. Der Freistaat Bayern kann nicht zusätzliche Kredite aufnehmen, um die Kommunen in ihrem Pflichtaufgabenbereich noch weiter finanziell zu entlasten. Wir können uns nicht endlos verschulden und noch endlos Geld ausgeben, das wir nicht haben. Das werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Ampel-Parteien, jetzt

auch noch früh genug lernen, wenn Sie ab nächster Woche im Bundestag solchen Anträgen vielleicht, wie ich heute auch, wehmütig nicht zustimmen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn ihr möchtet, dass das Sonderinvestitionsprogramm aufgestockt und bzw. oder verlängert wird, rate ich euch dringend, euch in erster Linie in eurer Ampel-Regierung dafür einzusetzen. Zumindest habt ihr in eurem Koalitionsvertrag, den ich diese Woche betreffend diesen Bereich aufmerksam gelesen habe, ein solches Programm angekündigt. Wir werden sehen, ob die Ampel hält, was sie verspricht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

(Zuruf: Nein, Johannes Becher!)

– Oh, Entschuldigung, den wollte ich jetzt unterschlagen. – Johannes, bitte entschuldige. Wie konnte das passieren? – Der nächste Redner ist Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Ich weiß auch nicht genau, wie das passieren konnte. Es mag der späten Stunde geschuldet sein. – Meine Damen und Herren! Es geht um die Kinderbetreuung und den Kita-Ausbau in Bayern. Ich habe von Herrn Kollegen Huber erwartet, dass dies kommt. Natürlich geht es um eine kommunale Aufgabe. Dann ist immer die Frage: Welche Aufgabe hat dabei eigentlich der Freistaat? Meines Erachtens ist die Aufgabe des Freistaats, die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben tatkräftig zu unterstützen und einen raschen und großzügigen Kita-Ausbau zu schaffen. Dies ist unsere Aufgabe in Bayern. Dieser müssen wir gerecht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann stellt sich natürlich die Frage: Wird man dem gerecht, indem man ein Sonderinvestitionsprogramm, das es für die Kommunen gibt, jetzt auslaufen lässt, sodass es plötzlich weniger Geld für die Kommunen als zuvor gibt? Schauen wir einmal in das Sonderinvestitionsprogramm, um zu sehen, was dessen Zweck ist. Der Zweck war, ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen bereitstellen zu können. Nun muss ich fragen, meine Damen und Herren: Ist dieser Zweck jetzt endgültig erfüllt? Haben wir in Bayern denn eine bedarfsgerechte Zahl an Plätzen? Können die Eltern inzwischen selbst entscheiden, in welche Kita ihre Kinder gehen, oder ist es nicht vielmehr so, dass wir nach wie vor Wartelisten haben und dass die Kommunen nach wie vor eine Kita nach der anderen bauen, sich der Bedarf aber viel stärker entwickelt und wir hintendran sind? – Dies ist doch die Wahrheit. Diesem Bedarf muss man ins Auge sehen. Der Zweck des Förderprogramms bzw. des Sonderinvestitionsprogramms ist noch nicht endgültig erfüllt. Nur bei den Mitteln, die der Freistaat Bayern zur Verfügung stellt, ist schlicht nichts mehr vorhanden, meine Damen und Herren. Das kann nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen jetzt: Das Programm ist überzeichnet. Die Kommunen werden mit ihrer Förderung abgelehnt. Die Bürgermeister fahren zum Protestieren vor das Sozialministerium. Ihre Antwort ist: Wir haben nichts mehr. Ihr bekommt nichts mehr. Das 4. Sonderinvestitionsprogramm wird nicht mehr aufgestockt. Baut eure Kitas bitte weiterhin, aber mit der regulären Förderung ohne Sonderinvestitionsprogramm. – Dies ist Ihre Antwort. Ich bin der Meinung, es ist die falsche Antwort. Die richtige Antwort wäre, dieses 4. Sonderinvestitionsprogramm im Sinne der Kommunen aufzustocken oder, wenn Sie dies nicht wollen, es auslaufen zu lassen und ein 5. Sonderinvestitionsprogramm aufzulegen. Der Bedarf ist eindeutig vorhanden. Dem müssen wir auch gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gesehen, es gibt zahlreiche Pressemitteilungen zu den Förderungen. Das Sozialministerium hat seit dem 1. November neunzig Pressemitteilungen zu Förderungen nur im Kita-Ausbau verschickt, also im Schnitt jeden Tag drei Stück. Diese sind wort- und inhaltsgleich, nur der Name und die Zahl sind ausgetauscht. Darin sind die hohen Förderprozente enthalten. Deswegen sagt man – so steht es in der Pressemitteilung –, die Kommunen bräuchten das Sonderinvestitionsprogramm nicht, weil die reguläre Förderung schon bis zu 80 % beträgt; somit sei alles wunderbar.

Ich möchte ein Beispiel aus der Praxis mit realen Zahlen bringen. In der Stadt Moosburg an der Isar bauen wir aktuell ein Kinderhaus, ein etwas größeres Gebäude. Wir erhalten dafür eine Förderung von 90 %. 90 %! Das ist ein schöner Fördersatz, oder? 55 % sieht das reguläre Programm vor, 35 % das Sonderinvestitionsprogramm. Die Gesamtbaukosten betragen 6,2 Millionen Euro, bei 90 % Förderung. Wie viel Geld erhalten wir aber wirklich? – Die Stadt Moosburg erhält aus dem normalen Programm 1,9 Millionen Euro und aus dem Sonderinvestitionsprogramm 1,2 Millionen Euro. Das macht miteinander 3,1 Millionen Euro. Wir haben 90 % Förderung, bekommen in Wahrheit jedoch nur 50 % bezahlt. Woran liegt das? – Dies liegt daran, dass es sich nicht um 90 % der Gesamtkosten handelt, sondern um 90 % der förderfähigen Kosten. Das ist etwas anderes. Dies ist ein viel niedrigerer Wert!

(Zurufe)

Jetzt sagen Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Frau Kollegin Högl, hören Sie doch zu –, die 1,2 Millionen Sonderinvestition brauchen die Kommunen künftig auch nicht mehr; denn sie haben es ja so dicke. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht Ihr Ernst sein in einer Zeit, in der wir ständig Kitas bauen. Wir müssen die Kommunen bei den Investitionen unterstützen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Ich weiß, es führt zu Unruhe, wenn man mit den Fakten und der Realität argumentiert. Dies sind die Zahlen, die es tatsächlich gibt. Das Problem ist: Man fordert, die Kom-

munen sollten den Ausbau stemmen, und sagt jetzt auch noch: Künftig investieren wir nicht mehr sonderinvestiv in den Kita-Ausbau, sondern in den Ganzttag. Ein Rechtsanspruch auf Ganzttag soll geschaffen werden. Dies ist pädagogisch sicher richtig. Aber seien wir ehrlich: Dies bedeutet wieder Millioneninvestitionen für die Kommunen. Hierzu sage ich ganz klar: Wenn Rechtsansprüche geschaffen werden, müssen die Kommunen entsprechend ausgestattet werden. Dann kann ich nicht feststellen: Für den Ganzttag verwenden wir die Mittel, aber beim Kita-Ausbau streichen wir das Sonderinvestitionsprogramm; denn wir haben alle Kinder vor Ort: Kinder unter sechs Jahren, die einen Kita-Platz brauchen, und Grundschulkindern, die eine Ganztagesbetreuung brauchen. Diese kann man nicht gegeneinander ausspielen, meine Damen und Herren, sondern wir brauchen eine verlässliche Finanzierung für all die Aufgaben, die den Kommunen aufgetragen werden. Dies ist auch der Job des Bayerischen Landtags. Es ist unsere Pflichtaufgabe, die Kommunen ausreichend zu unterstützen. Ein erster Schritt wäre, dieses Sonderinvestitionsprogramm zu verlängern.

Wir werden dem vorliegenden Antrag jedenfalls zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bevor ich nun Frau Susann Enders aufrufe, gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 7 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Frau Enders, bitte.

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident! Bevor ich jetzt auf die mir bereits bekannte Rede von Frau Rauscher oder die mir bereits bekannte Wutrede des Kollegen Becher eingehe – das haben wir im Sozialausschuss alles schon einmal gehört, wir haben uns intensiv damit befasst und auch intensiv die Ablehnungsgründe erklärt –, bevor ich jetzt wie Sie dieses Wiederholen, Wiederholen, Wiederholen betreibe und noch einmal die Fakten des Kollegen Huber wiederhole, die er ausgezeichnet vorgebracht hat, möchte ich nur abschließend in meiner Rede festhalten: Die Regierungs-

fraktionen arbeiten konsequent die Inhalte des Koalitionsvertrags der FREIEN WÄHLER und der CSU ab. Das heißt, wir bauen das Angebot an Kinderbetreuung weiter aus, wir schaffen 42.000 neue Betreuungsplätze bis 2023 für Kinder von null bis sechs Jahre, und zusammen mit dem Bund setzen wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter um. Wir schaffen 10.000 Hortplätze, vernetzen die Systeme und richten unseren Fokus auch und vor allem auf den Ausbau der Rand- und Ferienzeiten.

Wir hatten den Antrag im Sozialausschuss. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat diesen Antrag bereits mitberaten. Der Antrag ist schon mehrfach abgelehnt worden. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Frau Enders. – Wir haben keine Zwischenbemerkung. Nächster Redner ist Herr Jan Schiffers von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Jan Schiffers (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Der gestiegene Bedarf an Kita-Plätzen ist nicht zuletzt eine Folge der Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr. Dieser ungute Trend, Rechtsansprüche ohne Berücksichtigung der vorhandenen Kapazitäten zu schaffen, hat in den letzten Jahren leider zugenommen. Beispielhaft sei hier auch der Anspruch auf Ganztagsbetreuung genannt, der die Kommunen vor erhebliche Schwierigkeiten stellen wird bzw. jetzt schon vor Schwierigkeiten stellt. Nebenbei sei angemerkt, dass die Schaffung von Rechtsansprüchen auch zur Verschärfung des ohnehin schon bestehenden Fachkräftemangels führt.

Die Kommunen haben die Kinderbetreuung bekanntlich als Pflichtaufgabe zu bewältigen und sind hierbei auf Unterstützung angewiesen. Die genannten Rechtsansprüche

wurden jedoch vom Bund geschaffen. Dementsprechend sehen wir auch in erster Linie den Bund in der Pflicht, hier finanziell zu unterstützen. Den Freistaat Bayern sehen wir nicht in erster Linie in der Verantwortung, auch wenn sich der Freistaat Bayern selbstverständlich nicht komplett heraushalten kann. Man kann dem Freistaat Bayern jedoch wirklich nicht vorwerfen, dass er sich komplett heraushalten würde. Zu berücksichtigen ist, dass in Bayern in den letzten Jahren in erheblichem Umfang bereits in den Kita-Ausbau investiert wurde.

Unabhängig davon, wer letzten Endes für die Kosten aufkommt, ist unserer Auffassung nach eine zu starke und zu einseitige Fokussierung auf den Ausbau von Kita-Plätzen falsch. Im Blickpunkt muss auch die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung in den Einrichtungen bleiben. Schließlich gibt es auch andere Formen der Kinderbetreuung als die in einer Kindertagesstätte. Für uns als AfD ist es wesentlich, dass Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen Fremd- und Eigenbetreuung haben. Die Wahlfreiheit wird zunehmend durch eine zu starke Fokussierung alleine auf den Bereich Kita-Ausbau eingeschränkt. Die Betreuung der Kinder zu Hause durch einen Elternteil oder abwechselnd durch beide oder auch durch die Großeltern gerät in der Debatte leider häufig aus dem Blick. Das ist für sehr viele Familien aber eine Alternative und aus unserer Sicht auch unterstützungswert.

Kollegin Rauscher hat eingangs gesagt, Kinder bräuchten Bildung, und das von Anfang an. Dem kann ich uneingeschränkt zustimmen. Ich möchte aber betonen, dass Kinder frühkindliche Bildung zuallererst in der eigenen Familie erhalten. Gerade in Anbetracht der absehbar enger werdenden Haushaltsspielräume müssen wir sehr sorgfältig abwägen, wie und wofür Finanzmittel eingesetzt werden. Aufgrund des erwähnten Anspruchs auf Ganztagesbetreuung ab dem Jahr 2026 wird der Freistaat Bayern auch hierfür Mittel einsetzen müssen. Die mit dem vorliegenden Antrag eingeschlagene Zielrichtung ist uns zu einseitig. Wir lehnen den Antrag der SPD-Fraktion ab.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

**Julika Sandt (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, es stimmt: Das 4. Sonderinvestitionsprogramm hat Schwung in den Kita-Ausbau gebracht. An dieser Stelle kann man auch einmal ehrlich sagen: Gut gemacht! Es ist jedoch ganz und gar nicht gut, dass dieses Programm jetzt einfach nicht mehr verlängert wird. Es ist kein Wunder, dass die Bürgermeister Protestmärsche nach München machen. Darunter befinden sich auch CSU-Bürgermeister. Soweit ich weiß, sind auch weitere Protestaktionen geplant. Mir wurde von Bürgermeistern berichtet, dass viele Kommunen noch während der Frist Anträge gestellt haben, sie jedoch keine Förderung mehr bekommen haben, da die Mittel schon abgerufen worden waren.

Ich stelle mir einmal vor, der Bayerische Ministerpräsident würde fristgerecht Mittel beim Bund beantragen und der Bund würde sagen: Ällabätsch, ein anderes Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern oder Bremen war schneller. Leider geht ihr jetzt leer aus. Ich möchte nicht sehen, wie Markus Söder dann toben würde. Genau das mutet Markus Söder seinen Bürgermeistern zu. Die Kommunen bleiben wieder einmal im Regen stehen. Das ist nicht nur schlechter Stil, sondern viel schlimmer. Die Infrastruktur für die frühkindliche Bildung wird wegbrechen. Im Endeffekt kann der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nicht erfüllt werden. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Familien. Vor allen Dingen nimmt das Kindern die Chance auf die so wichtige frühkindliche Bildung. Allein in Bayern fehlen im Bereich der Betreuung der Unter-Dreijährigen 50.000 Plätze. Das hat das IW Köln berechnet. Eines ist klar: Der Ausbau ist zwingend notwendig. Der Bedarf ist da.

Die CSU merkt an, wir sollten nur in Horte investieren. Damit spielen Sie das eine gegen das andere aus. Wir brauchen auch die frühkindliche Bildung. Die frühkindliche Bildung ist eine ganz wichtige Basis für den weiteren Lebensweg. Hierzu gibt es jede Menge Studien. Deswegen stimmen wir dem Antrag der SPD zu. Im Übrigen haben

wir einen fast gleichlautenden Antrag gestellt. Wir wollten die Horte jedoch mit aufnehmen, damit das eine nicht gegen das andere ausgespielt wird.

Im Hinblick auf die Finanzierung sollte man sich überlegen, ob man so viel Geld für das Familiengeld ausgeben oder die Familien durch frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung stärken will. Damit könnten die Eltern erwerbstätig sein und auf eigenen Beinen stehen. Das bringt am Ende vor allem den Kindern mehr, weil sie auf ihrem weiteren Bildungsweg und in ihrem Leben bessere Chancen haben. Deshalb kann ich nur sagen: Verlängern Sie das Programm, und unterstützen Sie frühkindliche Bildung.

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Sandt. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Staatsministerin Trautner das Wort. Bitte schön.

**Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich gar nicht mehr sprechen, weil Herr Kollege Huber im Grunde schon alle wichtigen Zahlen genannt hat. Mich ärgert es ein bisschen, dass alles für selbstverständlich gehalten wird. Der Freistaat Bayern hat sich beim Ausbau der Kita-Plätze immens beteiligt. Es gibt kein anderes Bundesland in Deutschland, das so viel in den Ausbau von Kita-Plätzen investiert hat und den Kommunen weiterhin so zur Seite steht. Die FAG-Förderung geht völlig unter. Wir haben wirklich alles gegeben und sind nach wie vor unterstützend dabei. Es geht um viel mehr. Es geht um die Betriebskostenförderung. Es geht darum, die Fachkräfte zu gewinnen. Wir sind überall dabei und lassen die Kommunen nicht im Stich.

Frau Sandt, leider sind Sie ein bisschen falsch gewickelt. Sie behaupten, dass plötzlich das Geld ausgegangen sei. Wir haben noch einmal einen tollen Betrag vom Bund bekommen. Wir haben uns alle gemeinsam darüber gefreut. Dieses Geld haben wir eins zu eins weitergereicht, um es den Kommunen für den Ausbau zu geben. Dieses Geld hat der Bund investiert, und wir haben es weitergegeben. Im letzten November

wurde sehr deutlich kommuniziert, dass dieses Geld zur Verfügung steht. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir das Geld weitergegeben. Wir haben das Geld gerecht mit einem Budget auf die Bezirke aufgeteilt. Von Anfang an war klar, dass Schluss ist, wenn das Geld ausgeschöpft worden ist. Die Summe, die wir vom Bund bekommen, haben wir eins zu eins weitergereicht.

Es ist alles andere als selbstverständlich, dass wir von 2008 bis jetzt Sonderinvestitionsprogramme gemacht haben. Jedes Mal ging die Diskussion von vorne los. Im Koalitionsvertrag haben wir 42.000 neue Plätze versprochen. Jetzt sind wir bei 73.500 Plätzen. Es ist unglaublich, wie wir unterstützt haben. Wir lassen die Kommunen weiterhin nicht im Regen stehen. Natürlich geht es bei der Förderung immer um die förderfähigen Kosten. Es ist halt nicht alles dabei. Das war schon immer so. Aber wir unterstützen weiterhin und lassen die Kommunen nicht im Stich. Ich bitte Sie, im Hinterkopf zu behalten, was der Freistaat Bayern bis jetzt geleistet hat und weiterhin leisten wird.

Natürlich ist das Geld im Ganztage gut angelegt. Wir werden da zusammenhelfen müssen. Zusammenhelfen ist das Stichwort. Wir können das nicht alleine jemandem überlassen. An dieser Stelle ist auch der Bund gefragt. Jetzt freue ich mich, dass die neue Ampelkoalition dieses Thema für so wichtig erklärt hat. Das steht im Koalitionsvertrag drin. Ich freue mich auf die nächste Förderung, die aus Berlin kommt. Wir werden gerne Pressemitteilungen schreiben und sagen: Danke, Berlin, für die Unterstützung, die nach Bayern fließt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.